

Legislaturziele des Regierungsrates

Legislaturziel	1 Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung ermöglichen und fördern
Massnahme	1.1 In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	<p>Der Regierungsrat hat am 11. März die Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin festgelegt und die Bildungsdirektion, die Gesundheitsdirektion, die Universität Zürich und die universitären Spitäler des Kantons Zürich beauftragt, die Strategie umzusetzen.</p> <p>Der Regierungsrat hat am 11. November die Projektserie für die erste Umsetzungsphase der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin zur Kenntnis genommen und die zuständigen Stellen beauftragt, die Projekte durchzuführen. Die Durchführung der Projekte erfolgt im Zeitraum 2010 bis 2014. Die weitere Berichterstattung zur Umsetzung der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin erfolgt künftig unter Massnahme 1.2.</p>
Massnahme	1.2 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Die Investitionsmassnahmen der hochspezialisierten Medizin werden auf der Grundlage der strategischen Schwerpunkte der universitären Spitäler bzw. aufgrund der kantonalen Gesamtstrategie für die hochspezialisierte Medizin bestimmt (vgl. Legislaturziel 1.1 bzw. Beschlüsse des Regierungsrates vom 11. März und 11. November). Die mit dem Beschluss vom 11. März für einen ersten Umsetzungsimpuls vorgesehenen 30 Mio. Franken wurden in die Investitionsplanungen der Gesundheitsdirektion (Bauten und Mobilien) bzw. des Universitätsspitals (Mobilien) aufgenommen und werden nun sukzessive für die Realisierung der verschiedenen Projekte eingesetzt. Zu den Massnahmen gehören beispielsweise die roboter- und computergestützte Bewegungstherapie bei Kindern und Jugendlichen mit zerebralen und spinalen Schädigungen (durch das Kinderspital), der Aufbau eines Neuroimaging-Zentrums zur Früherkennung psychischer Erkrankungen (durch die Psychiatrische Universitätsklinik, PUK) und die Weiterentwicklung der Hybrid-Bildgebung mit molekularen und morphologischen Verfahren (durch das Universitätsspital Zürich, USZ).</p>
Massnahme	1.3 Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Konzeptarbeiten sind abgeschlossen.
Massnahme	1.4 Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern
Stand	Planmässig

Kommentar	Die Zusammenarbeit zwischen Universität und ETH Zürich ist eng und führt namentlich bei den Life Sciences und der Systembiologie (Letztere zusammen mit Basel) zur Schwerpunktbildung. Besonders anspruchsvoll ist der Bereich Spitzenmedizin, in dem Spitzeninstitutionen, Bund, Kanton und Private zusammenwirken müssen. Die Gesundheits- und die Bildungsdirektion sehen im Rahmen des Dossiers «Hochspezialisierte Spitzenmedizin HSM» neben dem Beitritt zum Konkordat auch eine Strategie für den Standort Zürich vor. Bei der Zürcher Fachhochschule (ZFH) ist die Schwerpunktbildung derzeit eng mit der Fusion der Teilschulen zu den drei Hochschulen ZFH verknüpft.
Massnahme	1.5 Begabung und Begabte in der Volksschule fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Massnahmen sind in Prüfung. Die Vorlage an den Bildungsrat ist noch nicht terminiert.
Massnahme	1.6 Zweisprachige Maturitätsausbildung an Mittelschulen weiterentwickeln
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Ausweitung auf weitere Lehrgänge/Schulen im Schuljahr 2009/10
Legislaturziel	2 Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen
Massnahme	2.1 Finanzstrategie des Regierungsrates festlegen
Stand	Verzögert
Kommentar	Angesichts der Planungsunsicherheiten und der ungewissen Entwicklung der Finanzmarktkrise hat der Regierungsrat die Finanzstrategie und die Sanierung des Staatshaushaltes im Berichtsjahr in Angriff genommen. Die Eckwerte der Finanzstrategie wurden am 22. April festgelegt. Das Sanierungsprogramm San10 wurde am 9. September ausgelöst.
Legislaturziel	3 Das Standortmarketing verstärken
Massnahme	3.1 Führung der Marke Zürich beanspruchen
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Kanton Zürich hat das Projekt gemeinsam mit der Stadt Zürich und Zürich Tourismus gestartet. Im Berichtsjahr wurde mit der Erarbeitung eines Konzeptes zu einem integrierten Markenauftritt ein erster Meilenstein erreicht. Das weitere Vorgehen muss mit der weiteren Entwicklung der Stiftung Greater Zurich Area (GZA) in Übereinstimmung gebracht werden.
Massnahme	3.2 Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr wurde ein Konzept des Standortmonitorings erstellt und am 2. Dezember hat der Regierungsrat für die Erarbeitung des Controllingberichts einen ersten Entwurf in Auftrag gegeben. Das endgültige Standortmonitoring ist auf die Legislaturplanung 2011–2015 hin geplant.
Massnahme	3.3 Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken

Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr wurde die Website Finanzplatz Zürich erarbeitet und aufgeschaltet. Im Auftrag der Standortförderung hat die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) eine Vorstudie mit dem Titel «Portrait des Finanzplatzes Zürich» mit einem volkswirtschaftlichen Bericht und Fakten zu den verschiedenen Teilmärkten erstellt. Die Fertigstellung der Studie ist für 2010 geplant, die Inhalte werden teilweise auf der Website abgebildet.
Massnahme	3.4 Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Verankerung und Förderung der Standortqualitäten erfolgt mit jedem Auftritt gegen aussen. Zudem werden die Synergien mit der Stadt Zürich genutzt.
Massnahme	3.5 Infrastruktur an internationalen Schulen stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Aufnahme-reglement ist in Erarbeitung.
Massnahme	3.6 Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Standortförderung koordiniert (One-Stop-Shop) diverse Fragestellungen rund um die Ansiedlung neuer Firmen – mit Blick auf die Zusammenarbeit mit dem Steueramt, dem Handelsregisteramt, den Arbeitsbewilligungen, internationalen Schulen, behördlichen Stellen für Baufragen und weitere. Die Zusammenarbeit mit dem Steueramt wurde intensiviert: Angehörige des höheren Kaders des Steueramtes sind regelmässig an den Ansiedlungsgesprächen der Standortförderung präsent. Zur Verbesserung der Einheitlichkeit des Auftritts von Vertretern aus zwei Direktionen sind gemeinsame Präsentationen und Dokumentationen auf Deutsch und Englisch erarbeitet worden. Ausserdem setzt das Steueramt wichtige Impulse zur Unterstützung von Unternehmensansiedlungen auch durch die rasche Erteilung von zahlreichen steuerlichen Vorbescheiden innerhalb der gesetzlichen Grundlagen.
Legislativziel	4 Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken
Massnahme	4.1 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der Vorlage 4516 des Regierungsrates vom 12. Juni 2008 wurde dem Kantonsrat eine Steuergesetzrevision zur Entlastung der natürlichen Personen unterbreitet. Die vom Kantonsrat am 30. März beschlossene Steuergesetzrevision entspricht weitgehend der Vorlage des Regierungsrates. Dagegen wurden das Kantonsratsreferendum sowie zwei Referenden mit Gegenvorschlägen von Stimmberechtigten eingereicht. Der Entscheid liegt nunmehr bei den Stimmberechtigten. Weiter kann auf die Vorlage 4620 des Regierungsrates vom 12. August hingewiesen werden, mit

	der das Steuergesetz an das Unternehmenssteuerreformgesetz II des Bundes angepasst werden soll. Im Übrigen wurde Anfang des Berichtsjahres ein neuer «Zürcher Steuerbelastungsmonitor» veröffentlicht; dieser wird jährlich von der BAK Basel Economics im Auftrag der Finanzdirektion erstellt.
Legislaturziel	5 Die Interessenwahrung durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden verbessern
Massnahme	5.1 Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Kanton Zürich ist am 3. Juli dem Verein Metropolitanraum Zürich beigetreten. Damit ist ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau einer gemeinsamen politischen Plattform für Städte, Gemeinden und Kantone im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich geleistet.
Massnahme	5.2 Kantonsinterne und -externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Die bestehenden Instrumente wurden konsolidiert.
Massnahme	5.3 Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die bewährte und gezielte Information der zürcherischen Kommissionsmitglieder wurde im Berichtsjahr ausgebaut. Neu werden zusätzlich zu den zürcherischen Mitgliedern der Ständeratskommissionen auch jene der Nationalratskommissionen informiert.
Massnahme	5.4 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Am 29. September 2008 fand das 6. Unternehmensforum mit Baden-Württemberg zum Thema Logistik statt. Damit ist die Reihe der Veranstaltungen mit dem nahen Ausland abgeschlossen.
Massnahme	5.5 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Aufgaben und Organisation wurden durch das Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus (IDT-HSG) an der Universität St. Gallen überprüft.
Massnahme	5.6 Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Beginn der Umsetzung ist für 2010 geplant.

Legislaturziel	6 Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern
Massnahme	6.1 Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren
Stand	Verzicht
Kommentar	Angesichts der angespannten Finanzlage hat der Regierungsrat am 24. Juni entschieden, auf die verwaltungsübergreifende Einführung neuer Corporate-Design-Grundlagen zu verzichten und das vor einem Jahr begonnene Projekt nicht weiterzuverfolgen. Bei Umbauten und Erneuerungen werden die betroffenen Innenräume wie bisher nach Massgabe der Verhältnismässigkeit gemäss heutigen gestalterischen Grundsätzen gestaltet. Ein besonderes Programm zur Zielerreichung ist nicht vorgesehen.
Massnahme	6.2 Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Vorlage 4609 vom 17. Juni (Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Änderung der Personalverordnung) hat der Regierungsrat dem Kantonsrat die entsprechende Änderung des Lohnsystems zur Genehmigung unterbreitet.
Massnahme	6.3 Personalmanagementstrategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Führung konnte mit der Durchführung des Kaderforums für das oberste Kader sowie Führungsseminaren und Kaderausbildungsprogrammen gestärkt werden. Die Erarbeitung von Standards für den Kernprozess der Personalgewinnung, welche ebenfalls zur Stärkung der Führung beitragen, ist für 2010 geplant. Als Massnahme zur Personalentwicklung wurde das Konzept zur direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung erstellt. Die Umsetzung verzögert sich (vgl. Legislaturziel 12.6). Mit der Erarbeitung von standardisierten Kennzahlen durch das Personalcontrolling konnte eine Stärkung der Personalbereiche erreicht werden. Weitere Massnahmen in diesem Bereich sind für 2010 geplant. Die planmässige Einführung eines flexibleren Lohnsystems mit verstärktem Einbezug der Leistungsorientierung im 2010 wird zur besseren Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber beitragen.
Massnahme	6.4 Neue Informatikstrategie erarbeiten und umsetzen
Stand	Verzögert
Kommentar	Im Berichtsjahr wurde mit der Umsetzung begonnen. Die Umsetzungseinheit 1 besteht aus den vier Teilprojekten Zentralisierung der Informatik auf Direktionsstufe, Projektportfolio-Management, Informatikcontrolling sowie Standards und Architekturen. Die Teilprojekte, deren Umsetzung für 2010 geplant ist, sind mit unterschiedlichem Umsetzungsstand in Arbeit. Einzelne dieser Teilprojekte können voraussichtlich nicht im Jahr 2010 abgeschlossen werden.
Massnahme	6.5 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern
Stand	Planmässig

Kommentar	Das Sicherheitskonzept und der Kreditantrag an den Regierungsrat wurden im Berichtsjahr erarbeitet. Die baulichen und betrieblichen Massnahmen werden sowohl zu einer Verbesserung der Sicherheit als auch der Kundenfreundlichkeit führen. Der Abschluss der baulichen Massnahmen wird im Sommer/Herbst 2010 erwartet.
Massnahme	6.6 Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government)
Stand	Verzögert
Kommentar	Die für die Messung des Umsetzungsstands erforderlichen Controllinginstrumente sind weitgehend eingeführt. Der Antrag des kantonalen Steueramtes für den Aufbau des Online-Steuerportals ist bewilligt. Das Angebot wird um ein Jahr verzögert erreicht. Die Transaktionsplattform ZHservices ist produktiv und für die Verwendung für E-Government-Angebote bereit.
Legislaturziel	7 Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken
Massnahme	7.1 Gemeindestrategie erarbeiten
Stand	Verzichtet
Kommentar	Der Regierungsrat hat den Schlussbericht des Projekts zur Reform der Gemeindestrukturen zur Kenntnis genommen. Gestützt auf die Erkenntnisse des Berichts hat er Leitsätze für eine Reform der Gemeindestrukturen zuhanden der Vernehmlassung verabschiedet. Diese Massnahme wird vom Regierungsrat nicht weiterverfolgt.
Massnahme	7.2 Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Antrag vom 28. Januar hat der Regierungsrat den Entwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlage 4582).
Massnahme	7.3 Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Direktion der Justiz und des Innern hat im Berichtsjahr erstmals einen Gemeindebericht erarbeitet. Er gibt Auskunft über den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Der Bericht wurde vom Regierungsrat Ende Berichtsjahr verabschiedet.
Massnahme	7.4 Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen
Stand	Sistiert
Kommentar	Die Arbeiten werden weitergeführt, sobald die Neugestaltung des kantonalen Finanzausgleichs geklärt ist.
Massnahme	7.5 Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben, welche die Gemeinden betreffen, aufbauen
Stand	Verzichtet

Kommentar	Der Regierungsrat hat das Konzept für die Einrichtung eines Koordinationsgremiums geprüft. Angesichts des dafür erforderlichen Aufwands hat er die bisher zur Verfügung stehenden Instrumente und Gremien als ausreichend erachtet.
Massnahme	7.6 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern
Stand	Planmässig
Kommentar	Anlässlich der Vernehmlassung zur Reform des innerkantonalen Finanzausgleichs für die Spital- und Pflegeheimfinanzierung (REFA) ist die Modellvariante «Spital 100/0» favorisiert worden, wonach der Kanton den gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) von der öffentlichen Hand geschuldeten Beitrag bei der Spitalfinanzierung alleine übernehmen und im Gegenzug bei der Pflegeheimfinanzierung durch die Gemeinden voll entlastet werden soll. Sie soll gleichzeitig mit den Anpassungen an die KVG-Revision in Bereich der Spitalfinanzierung und -planung im Rahmen des auf den 1. Januar 2012 geplanten Planungs- und Finanzierungsgesetzes umgesetzt werden, zu welchem im Frühjahr 2010 ebenfalls eine Vernehmlassung durchgeführt wird.
Legislaturziel	8 Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern
Massnahme	8.1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Grundlagenarbeiten (Raumordnungskonzept, Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen) wurden im Jahr 2008 abgeschlossen. Die Anhörung zum Richtplanentwurf wurde von Ende September des Berichtsjahres bis Mitte Januar 2010 durchgeführt. Die Auswertung und die Bestimmung des weiteren Vorgehens sind für 2010 geplant.
Massnahme	8.2 Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf erarbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen festsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat die Baudirektion am 9. Januar 2008 beauftragt, ein Projekt Raumentwicklung Flugplatzareal Dübendorf zu starten und eine entsprechende Testplanung durchzuführen. Das Testplanungsverfahren ist im Berichtsjahr durchgeführt und abgeschlossen worden und die Grundsatzentscheide sind in Vorbereitung.
Massnahme	8.3 Renaturierung von Gewässern fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Rahmenkredit von 18 Mio. Franken gemäss Kantonsratsbeschluss vom 19. März 2001 (Vorlage 3808) für Wiederbelebungsmaßnahmen an Fließgewässern wurde über die Jahre 1989 bis 2009 aufgebraucht. Ein Antrag für einen neuen Rahmenkredit ist in Vorbereitung. In das Kreditgesuch werden die Kriterien für eine Renaturierung, für Ausdöhlungen und den Erholungsaspekt integriert, die mittels Pilotprojekten ermittelt werden. Die vollständigen Ergebnisse liegen in Kürze vor. Ein Regierungsratsbeschluss zum Konzept für die Revision des Wasserrechts ist in Vorbereitung.
Massnahme	8.4 Sanierung von Altlasten vorantreiben

Stand	Verzögert
Kommentar	Aus Ressourcengründen ist der Abschluss des Katasters der belasteten Standorte verzögert (geplant für 2011). Die Sanierungen erfolgen nach Plan.
Massnahme	8.5 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen von Folgearbeitsgruppen wird an der Schnittstelle der Landwirtschaft mit den Themen Lufthygiene, Gewässerschutz, Bauen ausserhalb einer Bauzone und Naturschutz erfolgreich weitergearbeitet. In Absprache mit dem Zürcher Bauernverband setzen sich das Amt für Landschaft und Natur und das Amt für Raumordnung und Vermessung für einen verstärkten Schutz der besten Ackerflächen (Fruchtfolgeflächen) ein. Hohe Priorität hat auch die Stärkung der Befähigung angehender Landwirte am Strickhof, die unternehmerischen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Im Bereich Forst steht der Waldentwicklungsplan Zürich nach einer breiten Vernehmlassung vor der Festsetzung im Jahr 2010.
Massnahme	8.6 Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Februar hat der Regierungsrat die Strassenlärmsanierung in den Regionen Knonaueramt, Limmattal und Flughafen beschlossen. Die Sanierungsarbeiten in diesen Regionen sind im Gang. Die Anträge an den Regierungsrat für weitere drei Regionen (Irchel, Oberland Nord und Seeufer rechts Nord) liegen vor.
Massnahme	8.7 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten
Stand	Planmässig
Kommentar	Der vorbildlichen Gestaltung öffentlicher Bauten wird in allen Bauvorhaben Rechnung getragen. Sie wird im Rahmen der öffentlichen Wettbewerbsverfahren laufend sichergestellt.
Legislaturziel	9 Die CO₂-Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken
Massnahme	9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat vom Resultat des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen, sich für eine Trennung von der Vorlage zur Strassenfinanzierung bzw. Revision des Strassengesetzes ausgesprochen und Aufträge zur Überarbeitung der Vorlage erteilt.
Massnahme	9.2 Verbrauch fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich senken
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Wärmedämmvorschriften, die Besondere Bauverordnung I und die Allgemeine Bauverordnung wurden auf den 1. Juli 2009 an die neuen Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2008) angepasst. Die Vorlage zur Änderung des Energiegesetzes wurde erarbeitet. Der entsprechende Beschluss des Regierungsrates steht noch aus.

Massnahme	9.3 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Aktuell sind rund 200 000 m ² Energiebezugsfläche neu in Bau oder werden geplant (abgeschlossene Wettbewerbe). Diese erfüllen alle den Minergie-Standard, rund 80 000 m ² erreichen sogar den Minergie-P-Standard. Alle neuen Wettbewerbe werden mit der Anforderung Minergie-P-Eco auslobt. Von rund 60 000 m ² Umbauten erfüllen rund zwei Drittel (40 000 m ²) die energetischen Vorgaben von Minergie. Neuere Neubauprojekte werden ausnahmslos in Minergie-P geplant. Ältere Neubauprojekte übertreffen in der Regel die Minergie-Vorgaben klar, erreichen aber nicht Minergie-P. Bei den Umbauten kann das Label trotz genügenden energetischen Massnahmen teilweise nicht erreicht werden, da zusätzliche Anforderungen des Labels, wie der Einbau einer Lüftung, nur mit unverhältnismässig hohem Aufwand erreicht werden können.
Legislaturziel	10 Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen
Massnahme	10.1 Umfassenderen Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien beantragen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der vom Regierungsrat beantragte Rahmenkredit 2010–2019 über jährlich 4 Mio. Franken wurde vom Kantonsrat im Rahmen der Beratung von Vorlage 4482 durch einen Rahmenkredit 2010–2013 über jährlich 8 Mio. Franken ersetzt.
Massnahme	10.2 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Grundlagen für eine umfassende Diskussion der künftigen Eigentümerstrategie wurden erarbeitet. Da die eidgenössische Gesetzgebung zur Strommarktliberalisierung noch nicht stabil ist (eine Änderung des auf den 1. Januar in Kraft gesetzten Stromversorgungsgesetzes ist bereits angekündigt), kann die kantonale Strategie noch nicht festgelegt werden.
Massnahme	10.3 Die Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat die Vorlage zum Energiegesetz am 12. August dem Kantonsrat unterbreitet (Vorlage 4617).
Legislaturziel	11 Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen
Massnahme	11.1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben
Stand	Planmässig beim öffentlichen Verkehr, der Westumfahrung und der N4 Knonaueramt; verzögert beim weiteren Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes

Kommentar	<p>Angesichts der namhaften Vorleistungen und Vorfinanzierung des Kantons für sein öV-System ist der vom Bund in Aussicht gestellte Beitragssatz von lediglich 35% für das Agglomerationsprogramm unverständlich tief. Als Folge davon könnten dringliche Projekte Verzögerungen erfahren oder verkleinert werden müssen.</p> <p>Die Inbetriebnahme der Westumfahrung und der A4 im Knonaueramt wurde durch das Amt für Verkehr im Rahmen der Wirkungskontrolle begleitet. Allfällige Anpassungen werden im Jahr 2010 geprüft und durchgeführt. Der Ausbau der Nordumfahrung Zürich wurde vom Bundesrat bereits Ende 2008 ins Programm zur Beseitigung von Engpässen auf dem Nationalstrassennetz aufgenommen und wird über den Infrastrukturfonds finanziert werden. Die Projektierung wird durch das Bundesamt für Strassen ASTRA (Filiale Winterthur) unter enger Einbindung des Amtes für Verkehr vorgenommen. Zur Wahrung der kantonalen Interessen konnte weiterhin eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der nächsten Planungen der Glattalautobahn vereinbart werden.</p> <p>Öffentlicher Verkehr: Die Grossprojekte Durchmesserlinie, Glattalbahn und Tram Zürich West werden planmässig umgesetzt. Die Projektierungen für die 4. Teilergänzungen der S-Bahn Zürich wurden aufgenommen (Bau- und Auflageprojekt). Sie sind in das Agglomerationsprogramm des Kantons Zürich (Infrastrukturgesetz) aufgenommen worden. Die entsprechenden Beschlüsse des Bundesparlamentes stehen noch aus.</p>
Massnahme	11.2 In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Massnahme wird zeitlich auf den leicht verzögerten Prozess für die Erarbeitung des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL, Abhängigkeit vom Bund) abgestimmt. Aus heutiger Sicht kann das SIL-Objektblatt Flughafen Zürich vom Bundesrat erst 2012 verabschiedet werden.
Massnahme	11.3 Strategieprozess und Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln
Stand	Verzögert
Kommentar	Der ursprüngliche Zeitplan ist wegen der Neuorganisation des Themenfelds Verkehr um rund ein Jahr verzögert. Das Konzept Gesamtverkehrscontrolling und der zugehörige Strategieprozess wurden im Berichtsjahr erarbeitet und in einer direktionsübergreifenden Konsultation bereinigt. Das Konzept bildet die Basis für den Aufbau des Controllings. Diese Arbeiten sind im Rahmen einer direktionsübergreifenden Projektorganisation für 2010 geplant. 2011 soll das Controlling in den operativen Betrieb übergeführt werden.
Massnahme	11.4 Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Für die dringlichen Vorhaben aus dem Richtplan Verkehr werden derzeit Zweckmässigkeitsbeurteilungen (ZMB) ausgearbeitet. Dies betrifft u. a. die Entlastungsachse Dietikon, die Umfahrung Grüningen, die Ortsdurchfahrt Pfäffikon und die Entlastung Neeracher Ried.

Legislaturziel	12 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern
Massnahme	12.1 Tagesstrukturen für Kinder im Schulalltag gemäss Volksschulgesetz umsetzen und eine gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der Einführung von Blockzeiten und der Gewährleistung einer bedarfsgerechten ausserschulischen Betreuung durch die Gemeinden ab Schuljahr 2009/10 verbessert das neue Volksschulgesetz die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Rahmen der Jugendhilfereform sollen die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, damit die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an ausserfamiliärer Betreuung und Frühförderung für die Kinder im Vorschulalter gewährleisten.
Massnahme	12.2 Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem beseitigen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Zusammenspiel von Beitrags-elementen für familienergänzende Kinderbetreuung, Sozialleistungen und Steuern kann dazu führen, dass eine Einkommenserhöhung zu einer Reduktion der einem Haushalt tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel führt. Unter Federführung des Kantonalen Sozialamtes werden alle im Sozial- sowie im Steuersystem vorhandenen Fehlanreize erfasst und nach Lösungsmöglichkeiten für deren Beseitigung gesucht.
Massnahme	12.3 Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit dem Bundesgesetz vom 25. September 2009 über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern wird nunmehr sowohl im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer als auch im Steuerharmonisierungsgesetz ein sogenannter Drittbetreuungskostenabzug vorgesehen. Die Kantone haben bis Ende 2012 Zeit, ihre Steuergesetze anzupassen.
Massnahme	12.4 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren
Stand	Verzögert
Kommentar	Aufgrund der angespannten Lage des Finanzhaushaltes musste der Ausbau des Angebots zur familienergänzenden Kinderbetreuung verschoben werden.
Massnahme	12.5 Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Förderung bestehender Angebote und eine Bedarfsanalyse für zusätzliche Angebote sind für 2011 geplant.
Massnahme	12.6 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen
Stand	Verzögert
Kommentar	Das Projekt direktionsübergreifende Laufbahnplanung verzögert sich aufgrund fehlender personeller Ressourcen.

Legislaturziel	13 Mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken
Massnahme	13.1 Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» der Nordwestschweizer Kantone übernehmen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» wurde fortgesetzt. Die Plakatkampagne wurde wiederum in zwei Wellen geschaltet und jeweils mit Bus- und Tramwerbung verstärkt. Zusätzlich erschienen wiederum zwei themenspezifische Ausgaben der Migrationszeitung «MIX». Es wurde sodann erkannt, dass der Informationsbedarf insbesondere in Land- und Agglomerationsgemeinden sehr hoch ist und die Plakatkampagne in den Gemeinden des Kantons mit den vorhandenen Mitteln nicht den gewünschten Erfolg bringen kann. Daher wurde beschlossen, eine auf die spezifischen Zürcher Bedürfnisse ausgerichtete Kampagne zu entwickeln und im Jahr 2010 zu etablieren.
Massnahme	13.2 Aktive Integrationsbereitschaft fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Pilotprojekt «Integrationsvereinbarungen» wurde im Berichtsjahr weitergeführt und die Zahl der angestrebten 40 Integrationsvereinbarungen übertroffen. Die ersten Erfahrungen mit den Integrationsvereinbarungen sind vielversprechend.
Massnahme	13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Gemäss dem neuen Artikel 112b der Bundesverfassung, welcher im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) eingeführt wurde, fördern die Kantone die Eingliederung Invalider, insbesondere durch Beiträge an den Bau und den Betrieb von Institutionen, die dem Wohnen und Arbeiten dienen. Das Kantonale Sozialamt hat ein Konzept mit Grundsätzen zur Förderung der Eingliederung erwachsener invalider Personen erarbeitet und eine Anhörung dazu durchgeführt. Das Konzept wird 2010 durch den Regierungsrat dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.
Massnahme	13.4 Leistungsniveau und Bildungschancen für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Flächendeckende Anwendung von «Quims» (Qualität in multikulturellen Schulen).
Massnahme	13.5 Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 18. November hat der Regierungsrat die Bildungsdirektion ermächtigt, das Sonderpädagogische Konzept in Vernehmlassung zu bringen.
Massnahme	13.6 Berufliche Grundbildung stärken und Übergang in die Berufsbildung gewährleisten
Stand	Planmässig

Kommentar	Lehrstellenförderung durch die Fachstelle Berufsbildungsmarketing, Reform der Brückenangebote (Berufsvorbereitungsjahre) durch die Fachstelle Brückenangebote, fachkundige individuelle Begleitung an Schulen durch die Fachstelle Förderung & Integration, Aufbau des Case-Management Berufsbildung (Federführung AJB) durch die Abteilung Betriebliche Bildung.
Massnahme	13.7 Weiterbildungsmassnahmen zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt Weiterbildungskonzept ist auf Kurs
Legislaturziel	14 Die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen fördern
Massnahme	14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Zur Förderung der Eingliederung von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt wurden 25 Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramme angeboten und mit 5,9 Mio. Franken finanziert. Die Programme wurden im Berichtsjahr durch die Hochschule Luzern überprüft. Die unter der Leitung des Kantonalen Sozialamtes stehende Arbeitsgruppe «Berufliche und soziale Integration», in welcher Vertreterinnen und Vertreter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, der Sozialkonferenz des Kantons Zürich sowie der Programmanbieter mitarbeiten, wurde weitergeführt.
Massnahme	14.2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die bisherige Kampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit» ist im Hinblick auf die gesundheitlichen Probleme, die mit einem körperlichen Übergewicht verbunden sind, neu konzipiert worden und vermittelt Anregungen, um das eigene Körpergewicht konstant zu halten.
Legislaturziel	15 Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte fördern
Massnahme	15.1 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten
Stand	Planmässig
Legislaturziel	16 Objektive und subjektive Sicherheit fördern durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention
Massnahme	16.1 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Schwergewichtsbildungen der Kantonspolizei im Bereich der Kriminal-, Sicherheits- und Verkehrspolizei schaffen die organisatorischen Voraussetzungen für rasche Interventionen. Zwingend erforderlich ist indessen, dass das entsprechende Personal zur Verfügung steht (Annäherung an den Sollbestand).

Massnahme	16.2 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde im Rahmen des deutsch-schweizerischen Polizeivertrages und im Zusammenhang mit Schengen intensiviert. Die entsprechenden Kontakte wurden institutionalisiert. Die Abläufe zwischen Justiz und Polizei werden harmonisiert und informatiktechnisch vereinfacht.
Massnahme	16.3 Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Schwerpunkte für die Strafverfolgung wurden am 1. Juli durch den Regierungsrat (RRB Nr. 1068/2009) für die Jahre 2009–2012 festgelegt.
Massnahme	16.4 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 1. Juli verabschiedete der Regierungsrat eine Verfassungsänderung zur Anpassung des kantonalen Rechts an die neuen Prozessgesetze des Bundes sowie das Gesetz über die Anpassung der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes zuhanden des Kantonsrates (Vorlage 4611). Die Umsetzung auf Verordnungsstufe wurde in Angriff genommen.
Massnahme	16.5 Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzuges verstärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der erfolgten Ausdifferenzierung der internen Kennzahlenerfassung und dem Start der Datenerhebung für das Projekt «Rückfallquotenbezogene Geschäftsberichterstattung» wurden die Grundlagen für verschiedene Evaluationsvorhaben geschaffen. Mit der Eröffnung der Forensisch-Psychiatrischen Abteilung innerhalb der Strafanstalt Pöschwies im September wurde das Behandlungsangebot zur Umsetzung von Art. 59 Abs. 3 StGB massgeblich erweitert. Im Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) konnten die Sanierungsarbeiten in der Offenen Abteilung im Frühsommer planmässig abgeschlossen und im Herbst mit den Bauarbeiten zum Aus- und Umbau der Geschlossenen Abteilung begonnen werden. Die Zusammenarbeit zwischen der Oberstaatsanwaltschaft und dem Amt für Justizvollzug wurde intensiviert. Im Amt für Justizvollzug konnten die umfangreichen Vorarbeiten zum Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug», mit dem das Risikomanagement über die verschiedenen am Sanktionenvollzug beteiligten Stellen hinweg verbessert werden soll, abgeschlossen und die Umsetzung in Angriff genommen werden.
Massnahme	16.6 Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt «Junge Intensivtäter» verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren
Stand	Planmässig

Kommentar	Die Anstrengungen bei den jungen Intensivtätern wurden unvermindert weitergeführt. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Direktionen, Behörden und zivilen Partnern wurde weiter verstärkt.
Massnahme	16.7 Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Im März hat der Regierungsrat einen Beauftragten gegen Gewalt im schulischen Umfeld eingesetzt. Im Berichtsjahr sind erste Koordinationsschritte erfolgt.
Massnahme	16.8 Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten
Stand	Verzögert
Kommentar	Im Dezember wurde der Entwurf für ein neues Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe in die Vernehmlassung geschickt. Das Gesetz soll das Angebot von Schulsozialarbeit und deren Ausrichtung an einheitlichen Standards regeln. Der Abschluss ist neu für 2012 geplant.
Massnahme	16.9 Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten
Stand	Planmässig
Kommentar	Die zur Einführung von obligatorischen Elternbildungskursen notwendige Änderung des Volksschulgesetzes wurde im Herbst des Berichtsjahres in die Vernehmlassung gegeben. Diese wurde Ende Dezember des Berichtsjahres abgeschlossen und wird zurzeit ausgewertet.
Legislativziel	17 Eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung erhalten
Massnahme	17.1 Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Akutversorgung und Rehabilitation: Mit dem revidierten KVG vom 21. Dezember 2007 hat die Planung neu anhand einheitlicher Planungskriterien auf der Grundlage von Qualität und Wirtschaftlichkeit zu erfolgen. Das am 2. Juli 2008 eingesetzte interdisziplinäre Projektteam hat plangemäss auf Ende des Berichtsjahres den ersten von zwei Berichten zur Spitalplanung 2012 (Versorgungsbericht) erarbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. Der zweite Bericht (Strukturbericht) folgt Ende 2010. Die Arbeiten stehen vor dem Hintergrund von Art. 39 KVG, wonach die Kantone verpflichtet sind, eine bedarfsgerechte Spitalplanung durchzuführen. Psychiatrie und Pflegeheime: Die Notwendigkeit einer aktualisierten Psychiatrieplanung wird geprüft. Bezüglich Pflegeheimplanung geht die Regierung, wie im Rahmen der erstmaligen Festlegung der Pflegeheimliste auf 1998 festgehalten (vgl. RRB Nr. 2609/1997), davon aus, dass eine weitergehende kantonale Planung nicht angezeigt ist.
Massnahme	17.2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern
Stand	Akutsomatik: verzögert; Psychiatrie: planmässig

Kommentar	<p>Akutsomatik: Systematische Aktivitäten in diesem Bereich können erst auf der Grundlage der Spitalplanung 2012 (siehe dazu Legislaturziel 17.1) in Angriff genommen werden. Als Beispiel einer bereits laufenden Massnahme kann auf den Pilotversuch «Mobile Palliative Care Teams» hingewiesen werden, einer Umsetzungsmaßnahme im Zusammenhang mit dem kantonalen Palliative-Care-Konzept (Abschluss im Herbst des Berichtsjahres; ein Schlussbericht liegt voraussichtlich im Frühjahr 2010 vor).</p> <p>Psychiatrie: In der Psychiatrie laufen verschiedene betriebsspezifische Projekte zur Stärkung bzw. Weiterführung innovativer Angebote der nicht-stationären Versorgung. Dazu zählen unter anderem das Casemanagement der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw) und Projekte der integrierten Versorgung der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK).</p> <p>Im Berichtsjahr konnte zudem ein grosszügiges Legat einer Stiftung zur Förderung der Forschung im Bereich Psychiatrie entgegengenommen werden, mit dem das Zürcher Impulsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung der Psychiatrie (ZInEP) eingeleitet werden konnte.</p>
Massnahme	17.4 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI >30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Zusammen mit der Sicherheitsdirektion und der Bildungsdirektion sind 29 Teilprojekte ausgearbeitet worden. Mit der Umsetzung wurde begonnen und es konnte für zehn Teilprojekte eine finanzielle Unterstützung der Gesundheitsförderung Schweiz für vier Jahre erwirkt werden.
Massnahme	17.5 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt «Fallgruppensystem Psychiatrie» wurde im Berichtsjahr einem Assessment unterzogen, aus dem sich eine Fortführung des Projekts mit vertieften Machbarkeitsanalysen und mit einer präziseren Formulierung der drei Projektziele «Qualitätssicherung», «Benchmarking» und «Tarifizierung auf Fallbasis» ergab. Zudem wurde entschieden, das Projekt für eine verbesserte Darstellung nach aussen und innen in «Psychiatrie-Tarifsystem» (P-TAR) umzubenennen. Die Auswertung der Daten des ersten Erhebungsjahres (2008) zeigte die erwarteten, einführungsbedingten Mängel bei der Datenerhebung auf; soweit sich im weiteren Projektverlauf keine grundsätzlichen Umsetzungsprobleme ergeben, wird die Datenerhebung weitergeführt und für die kommenden Datengenerationen verbessert.
Massnahme	17.6 Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Alle akutsomatischen Behandlungen von allgemein versicherten innerkantonalen Patienten werden seit 2009 mit einheitlichen Fallbeiträgen je Versorgungsstufe abgegolten; diese sogenannten DRG-Pauschalen werden mithilfe einer international anerkannten Benchmarking-Methode auf dasjenige Kostenniveau beschränkt, das von einem wirtschaftlich geführten Spital eingehalten werden kann. Dieses Zürcher Abgeltungsmodell wird schrittweise der neuen Spitalfinanzierung angenähert, die ab 2012 mit der schweizweiten Einführung von SwissDRG geplant ist.